Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Notfall-Psychologe zu Lockdown “Viele stecken das sehr gut weg”
2. Pflegeheime: Trotz Corona Maßnahmen immer noch schlecht geschützt
3. Der Markt regelt das nicht!
4. Facebook schließt beliebte Börsengruppe
5. “Die Anfrage kam aus Los Angeles”: Wie Nawalny seinen Putin-Film in einem Studio bei Freiburg drehte
6. Corona-Impfpass: EU-Experten einig über Eckpunkte
7. 10.000 Pubs und Restaurants schließen
8. Bafin zeigt Mitarbeiter wegen Wirecard-Insiderhandels an
9. Zusatzbeitrag für gesetzlich Krankenversicherte könnte sich 2022 verdoppeln
10. Öffentliche Investitionen statt fatalem Kassensturz!
11. Neuer US-Verteidigungsminister will auch über Truppenstationierung in Deutschland reden
12. Angeklagte im geplatzten G20-Verfahren: Auf den richtigen Weg gebracht
13. Kritik am Kanzler unerwünscht: Satiresendung wegen kritischer Berichterstattung abgesetzt?

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Notfall-Psychologe zu Lockdown “Viele stecken das sehr gut weg”**
   Für die einen ist die psychische Belastung im Lockdown enorm, andere kommen relativ gut durch die Krise, sagt Notfallpsychologe Stoeck im tagesschau.de-Interview. Gerade die Deutschen könnten im Vorteil sein.
   tagesschau.de: Haben Sie es derzeit mit vielen Corona-Notfällen zu tun?

Florian Stoeck: Die Anzahl an Anfragen von Menschen, die sich in Krisen befinden oder denen es subjektiv schlecht geht, ist im Moment tatsächlich deutlich höher als in normalen Zeiten. Gerade bei Menschen, die bereits psychisch vorbelastet sind. Beispielsweise Menschen mit Depression: Die sind ohnehin schon niedergeschlagen, jetzt leiden sie unter der Situation noch mal besonders. Aber auch Menschen mit schweren psychischen Erkrankungen wie einer Schizophrenie. Die sind ohnehin durch ihr Krankheitsbild oftmals schon in sich eingeschlossen und leiden darunter, dass sie jetzt noch eingeschränkter sind. Aber auch Menschen, die eigentlich gesund sind, geraten momentan häufiger in Krisen.
Quelle: Tagesschau

Anmerkung unserer Leserin C.M.: *Hinweisen möchte ich nicht auf das Interview selbst (auch wenn es grundsätzlich gut ist, dass das Thema angegangen wird), sondern auf die Überschrift und den einleitenden Satz. Es erschließt sich im ganzen Interview nicht, wer das denn gut "wegstecken" würde und wie viele denn viele sind. Nur weil die Mehrheit der Deutschen keine Depressionen entwickelt, heißt das ja noch nicht, dass die Entwicklung nicht bedenklich ist. Und warum genau gerade die Deutschen denn im Vorteil sein könnten (gegenüber wem?) wird leider auch nicht erläutert. Wer das Interview nicht anklickt erhält also auf der Startseite nur den Eindruck, dass das ja alles (gerade für die Deutschen) aus psychologischer Sicht nicht so dramatisch sei.*

2. **Pflegeheime: Trotz Corona Maßnahmen immer noch schlecht geschützt**
Die Situation in den Heimen hat sich im Vergleich zur ersten Welle dramatisch verschlimmert. Dabei betont die Politik seit Beginn der Pandemie, wie wichtig es sei, Risikogruppen zu schützen, so wie Angela Merkel am 18. März 2020: "Am besten kaum noch Kontakte zu den ganz Alten, weil sie eben besonders gefährdet sind." Dabei weiß sich die Regierung nicht anders zu helfen, als einen Lockdown nach dem anderen zu verkünden. Der Nutzen für die am meisten von Corona gefährdeten Menschen sei gering, meint der Infektiologe Prof. Matthias Schrappe, ehem. stellvertretender Vorsitzender des Sachverständigenrates Gesundheit. Er und weitere Wissenschaftler fordern, dass die Politik andere Maßnahmen ergreifen müsse, um Risikogruppen zu schützen: "Ich glaube, dass jetzt der Misserfolg dieser nicht optimalen Politik in der ganzen Bandbreite deutlich wird. Wir haben rund 50.000 Todesfälle, 90 Prozent davon bei Personen über 70 Jahre. Und die Gesellschaft merkt langsam, dass die Politik auf dem falschen Weg ist und dass man dringend einen Strategiewechsel braucht."
Vor allem bei den Pflegeheimen mache sich die falsche Strategie bemerkbar. Das zeigt auch eine aktuelle Umfrage von "Plusminus". Bei 370 Stadt- und Landkreisen haben

wir nachgefragt: Wie viele der Corona-Toten kamen seit Anfang Dezember aus Pflegeheimen? Das erschreckende Ergebnis: Mehr als die Hälfte der Corona-Toten waren Bewohner von Pflegeheimen. Wer Leben retten will, muss hier ansetzen.
Quelle: plusminus

3. **Der Markt regelt das nicht!**
   Corona Deutschland braucht mehr Impfstoff. Die Regierung versagt, weil sie glaubt, der Markt würde das hinbekommen. Der Staat sollte dringend eingreifen – whatever it takes! […]
   Nun, die privatwirtschaftlichen Akteure, Biontech, Moderena und auch deren Zulieferfirmen, handeln nach betriebswirtschaftlicher Logik. Das ist ihnen auch nicht vorzuwerfen. Diese betriebswirtschaftliche Logik bedeutet aber, dass eine kurzfristige und massive Ausweitung der Kapazitäten mit zu großem Risiko behaftet ist und sich daher nicht rechnet. Wenn sich andere Impfstoffe durchsetzen oder der Impfschutz lange anhält, dann werden größere Produktionsanlagen langfristig gar nicht gebraucht. Ebenso erzeugt ein größeres Angebot Druck auf die Preise. Beides belastet das betriebswirtschaftliche Ziel der Profitmaximierung. Hier besteht ein Interessenskonflikt zwischen Profitorientierung und Gemeinwohl.
   Quelle: der Freitag
4. **Facebook schließt beliebte Börsengruppe**
   Online-Debatten über Aktien sorgten in den vergangenen Tagen für massive Kursturbulenzen, die für Hedgefonds zum Problem wurden. Facebook schließt nun eine bei privaten Anlegern beliebte Diskussionsgruppe. Auch die Politik schaltet sich ein.
   Das weltgrößte soziale Netzwerk hat nach dem Gamestop-Hype die beliebte Aktienhandels-Gruppe Robinhood Stock Trades geschlossen. Der Gründer des Wall-Street-Diskussionsforums, Allen Tran, sagte, er habe eine Benachrichtigung von Facebook erhalten, wonach die 157.000 Mitglieder umfassende Gruppe wegen Verletzung des Regelwerks gesperrt werde. Reuters hat das Schreiben einsehen können. Facebook bestätigte ebenfalls die Maßnahme. Das Netzwerke wollte sich dazu nicht weiter äußern.
   Quelle: FAZ

   Anmerkung Jens Berger: *Ein unglaublicher Vorgang. Bislang fiel Facebook ja vor allem dadurch auf, Nutzer zu sperren und Gruppen zu schließen, die angeblich rechtsradikale oder verschwörungstheoretische Inhalte verbreitet haben. Schon das war problematisch. Nun schließt man eine Gruppe, in der sich Nutzer über den Aktienmarkt austauschen, die den großen Hedge Fonds nicht ins Konzept passt, weil sie als koordinierte Kleinanleger den Kampf gegen sie aufgenommen haben – und das*

sogar mit Erfolg? So macht sich Facebook einmal mehr zum Büttel der Interessen des Großkapitals.

dazu: Der Hype um GameStop zeigt, wie nutzlos und absurd die Börse ist
Seit einer Woche vernetzen sich Reddit-User, um den Kurs des kaputten Computerspiel-Händlers GameStop nach oben zu treiben – gegen die Wetten von Spekulanten, die auf den Kursverfall setzen. Aus Angst um ihre Profite fordern ausgerechnet sie nun Regulierungen. […]
Derweil kann man sich darüber belustigen, wie sich einige Leute von der Wall Street beschweren, dass die Aktion unfair gewesen sei – wo es doch genau die Art von Spielchen ist, die sie unter sich und mit der Öffentlichkeit die ganze Zeit spielen. Sie reden Aktien hoch oder reden sie runter, je nachdem, was in ihrem Interesse ist, und verschwören sich die ganze Zeit gegen Player, die sie als schwach oder angreifbar wahrnehmen. Was ihnen an Tradern mit Namen wie DeepFuckingValue aufstößt, ist lediglich, dass sie nicht zu ihrem Schlag von Leuten gehören. Denn die leben nicht in Luxusvillen und haben keine zwanzig Autos in ihren Garagen.
Noch amüsanter sind jene, die ernsthaft glauben, dass diese Spiele irgendwie die Funktion des Aktienmarktes pervertieren würden. So erklärte Josh Barro vom Business Insider auf Twitter: »Ich weiß, diese Leute denken, das sei lustig, aber: Wozu haben wir einen Aktienmarkt? Damit produktive Unternehmen Kapital aufnehmen können, um nützliche Dinge zu tun. Wenn man den Aktienkurs vom zugrundeliegenden Wert abkoppelt, dann können die Märkte der realen Wirtschaft schlechter ihren Dienst erweisen.«
Was an solchen Kommentaren lustig ist – abgesehen von der Ernsthaftigkeit, die sie inmitten dieser urkomischen Situation an den Tag legen – ist, dass der Aktienmarkt in Wirklichkeit fast nichts mit der Geldbeschaffung für produktive Investitionen zu tun hat. Fast alle Aktien, die auf dem Markt gehandelt werden, einschließlich jener von GameStop, wurden vor Jahren ausgegeben. Das bedeutet, dass die Unternehmen selbst von den täglichen Preisentwicklungen keinen Cent sehen.
Quelle: Jacobin

5. **“Die Anfrage kam aus Los Angeles”: Wie Nawalny seinen Putin-Film in einem Studio bei Freiburg drehte**
Das deutsche Portal NachDenkSeiten sieht vor allem die deutsche Regierung in der politischen Verantwortung dafür, dass Nawalny, statt sich um seine Bewährungsauflagen zu kümmern, in “Deutschland Propaganda-Arbeit gegen die russische Regierung” leistete. Die Tatsache, dass über die brisanten Details zur Entstehung des Films bislang nur lokale badische Medien berichteten, sei laut dem

Chefredakteur Albrecht Müller auch ein Punkt für Kritik. Er lässt einen offenen Brief eines Lesers an den Bundespräsidenten, die Bundeskanzlerin, die Minister und den Fraktionsvorsitzenden von CDU/CSU/SPD/Die Grünen/Die Linken veröffentlichen. Der Leser Joachim Otte schreibt:…
Quelle: RT deutsch

dazu: Fragen zu Nawalny's Coup
Wichtig aber ist beim Stand der Dinge sich zu erinnern, dass schon seit geraumer Zeit die Frage vor der russischen Gesellschaft steht, was nach Putin kommen werde, dass Putin es für notwendig hielt, sich bis 2036 das Amt des Präsidenten offen zu halten, sofern er darin bestätigt würde, dass er sich im letzten Jahr eine Immunität nach Verlassen des Amtes zusichern ließ. Dies alles, wie auch die unübersehbare Dezentralisierung von Befugnissen im Zuge der Corona-Krise verweist deutlich auf Befürchtungen Putins, der Konsens, auf dem er die Stabilität des Landes schaffen konnte, könnte gefährdet sein.
Der Inhalt dieses Konsenses ist ein doppelter: Zum einen ein Stillhalteabkommen zwischen den Teilmächten des Landes – den Oligarchengruppen, den Macht-Organisationen des Landes wie Geheimdiensten und Militär und den regionalen Machthabern. Wenn eine dieser Gruppen ausschert, ist die Einheit des Landes nicht mehr zu halten. Zum Zweiten der soziale Kompromiss zwischen Führung und Bevölkerung, der darin besteht, dass die Bevölkerung sich nicht um Politik kümmert, solange die Politik eine wirtschaftliche Stabilität, zumindest die Aussicht auf Stabilisierung halten kann. Dieser doppelte Konsens ist in den letzten Jahren, insonderheit durch das letzte Jahr unter Corona-Bedingungen, unter Druck geraten.
Quelle: Kai Ehlers

6. **Corona-Impfpass: EU-Experten einig über Eckpunkte**
   Die Europäische Union treibt die Einführung von Corona-Impfpässen voran. Wie die EU-Kommission am Donnerstag mitteilte, haben sich die EU-Staaten auf Empfehlungen geeinigt, welche Informationen solche Dokumente enthalten sollen. Ziel ist die Vergleichbarkeit und gegenseitige Anerkennung in den 27 Staaten.
   Impfnachweise sollen demnach sowohl in Papier- als auch in elektronischer Form möglich sein. Neben Basisinformationen etwa zu Personalien, dem verwendeten Impfstoff und der ausstellenden Behörden soll es eine Art elektronisches Siegel geben, etwa einen QR-Code oder eine Registrierung. Ziel sei, den Impfstatus einer Person rasch und eindeutig festzustellen, heißt es in den Richtlinien. Später könnten damit auch weitere Informationen verlinkt werden.
   Quelle: Finanzen.net

Anmerkung JK: *Der Impfpass kommt! Wer keinen Impfpass hat darf dann in naher Zukunft sein Land nicht mehr verlassen. Ein zentraler Baustein in der globalen digitalen Überwachung der Bürger ist damit auf den Weg gebracht. Aber so etwas zu behaupten, das wäre ja eine Verschwörungstheorie.*

7. **10.000 Pubs und Restaurants schließen**
   Die Corona-Pandemie hat den schon bestehenden Trend zum Kneipen-Sterben dramatisch verschärft. Auch zahlreiche Restaurants, vom kleinen indischen Lokal an der High Street bis zum Fish&Chips-Laden, sowie Bars und Clubs müssen dichtmachen.
   Schon 10.000 Gastro-Betriebe haben im vergangenen Jahr dauerhaft geschlossen, schreiben die Beratungsunternehmen CGA und Alix Partners in einem neuen Marktbericht. Ein paar haben zwar neu eröffnet. Doch unter dem Strich stehe ein Nettoverlust von 5975 Pubs, Restaurants, Bars und Clubs. Die Zahl der Geschäftsaufgaben hat sich fast verdreifacht gegenüber dem Vorjahr. „Diese Zahlen zeigen, was für ein verheerendes Jahr 2020 war“, klagte Emma McClarkin, die Chefin der British Beer & Pub Association (BBPA).
   Am schwersten betroffen sind die unabhängigen, kleineren Pub- und Restaurant-Unternehmen, die mit den Lockdowns nicht zurechtkamen, keine größeren finanziellen Rücklagen besitzen, keinen großen Kredit von der Bank bekommen und nicht den Kapitalmarkt anzapfen können. Die Durststrecke wird für viele zu lang. […]
   Schon etwa 640.000 Arbeitsplätze sind in der Gastronomie-, Hotel- und Freizeitbranche im vergangenen Jahr verlorengegangen, hat der Verband HospitalityUK kürzlich geschätzt. Vor Corona waren mehr als drei Millionen Menschen in der Branche beschäftigt. In diesem Jahr droht nochmals ein verschärftes Pub- und Restaurant-Sterben – trotz aller Unterstützungsmaßnahmen des Staates. „Es geht ums Überleben“, warnen CGA und Alix Partners.
   Quelle: FAZ
8. **Bafin zeigt Mitarbeiter wegen Wirecard-Insiderhandels an**
   Haben Mitarbeiter der Finanzaufsicht Insider-Wissen genutzt, um mit Wirecard-Aktien zu handeln? Der Chef der Behörde hat sich wiederholt vor seine Mitarbeiter gestellt. Nun hat die Behörde wegen eines Verdachts einen eigenen Mitarbeiter angezeigt.
   Quelle: FAZ
9. **Zusatzbeitrag für gesetzlich Krankenversicherte könnte sich 2022 verdoppeln**
   Die gesetzliche Krankenversicherung steht vor einem zweistelligen Milliardendefizit. Schuld an den klammen Kassen sind auch die teuren Spahn’schen Gesetze.
   Jens Spahn gilt als „Minister fleißig“. Denn der Bundesgesundheitsminister bringt Gesetze im Rekord-Tempo auf den Weg – und bürdet der gesetzlichen

Krankenversicherung (GKV) damit Zusatzkosten in Milliardenhöhe auf. Gleichzeitig verpflichtet er die Krankenkassen zum Abbau ihrer Reserven, weshalb bereits einige die Zusatzbeiträge erhöhten. Denn das diesjährige Defizit der GKV beläuft sich auf 16,6 Milliarden Euro und dürfte 2022 nochmals steigen. Die Spahn'schen Gesetze sind jedoch nicht die einzige Ursache für die leeren Kassen in der GKV.
„Die Vermögen der Kassen werden im Laufe des Jahres weitestgehend aufgebraucht sein. Wenn nichts geschieht, besteht das Risiko, dass sich die Zusatzbeitragssätze für 2022 nahezu verdoppeln – aus heutiger Sicht auf rund 2,5 Prozentpunkte", sagte Uwe Klemens, ehrenamtlicher Vorsitzender des Verbandes der Ersatzkassen (vdek), während einer Pressekonferenz.
Aus Sicht des vdek sind neben der Corona-Pandemie vor allem Mehrausgaben durch kostenintensive Gesundheitsgesetze Gründe für das derzeitige Defizit in der GKV.
Quelle: Berliner Zeitung

10. **Öffentliche Investitionen statt fatalem Kassensturz!**
Die Schuldenbremse ist in aller Munde. Finanzminister Hilbers und die CDU halten an ihr wie an einem Dogma fest. Doch nicht nur in Corona-Zeiten sind Kürzungen das falsche Signal. Gerade jetzt braucht es dringend Investitionen in die Infrastruktur. Bleiben diese aus, wird unser Land abgehängt, meint das #schlaglicht 03/2021 aus Niedersachsen. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise sind längst noch nicht ausgestanden. Trotzdem kennt Reinhold Hilbers derzeit nur noch eine Platte. In Endlosschleife betätigt sich Niedersachsens Finanzminister als Trommler des Verzichts. Nun hat er erneut nachgelegt: In einem Interview in der Tageszeitung mit den vier großen Buchstaben redet der oberste Schatzmeister des Landes einem Kassensturz und drohenden Wohlstandverlusten das Wort. Als Krönung soll es ein Ausgabenmoratorium geben. Bonjour Tristesse!
Solche Äußerungen kommen allerdings nicht von ungefähr. Denn der Finanzminister hält unbeirrbar am ideologischen Dogma der Schuldenbremse fest. Nach den durch die Pandemie verursachten Mehrausgaben soll die schwarze Null zügig wieder erreicht werden. Das ist nur möglich, wenn im Landeshaushalt radikal gekürzt wird. Zumal sich das Land auch noch einen völlig übereilten Tilgungsplan für die Corona-Schulden auferlegt hat. Ab 2024 soll es bereits losgehen. Diese Mittel werden deshalb nicht für notwendige Investitionen zur Verfügung stehen.
Genau damit droht Niedersachsen einen fatalen Weg zu beschreiten. Die konjunkturelle Erholung darf nicht durch staatliche Einsparungen gefährdet werden. Betriebe und Beschäftigte brauchen jetzt Planungssicherheit. Ebenso hat das Virus in vielen Bereichen offenkundige Versäumnisse zu Tage gefördert. In Krankenhäusern und Gesundheitsämtern fehlt es an Personal und Ausstattung. Die Digitalisierung ist – insbesondere im Schulbereich – mehr Wunsch als Wirklichkeit. Diese Probleme dulden

keinen Aufschub!
Quelle: DGB Niedersachsen #schlaglicht

11. **Neuer US-Verteidigungsminister will auch über Truppenstationierung in Deutschland reden**
Der neue US-Verteidigungsminister Lloyd Austin hat bei seinem ersten Telefongespräch mit der deutschen Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer die Bereitschaft betont, über die Truppenstationierungen der USA in Deutschland zu reden. Deutschland sei ein großartiger Gastgeber, und er sei daran interessiert, über die künftige Stärke der US-Truppen im Land im Gespräch zu bleiben, sagte Austin nach Angaben des Pentagon. (…)
Der frühere US-Präsident Donald Trump hatte darauf gedrungen, dass fast 12.000 von rund 36.000 in Deutschland stationierten US-Truppen entweder innerhalb Europas verlegt oder in die USA zurückkehren sollten. Sein damaliger Verteidigungsminister Mark Esper hatte im Juli vergangenen Jahres dafür einen Plan festgelegt und sich dabei große Mühe gegeben, dass als militärische Erfordernis und nicht als die von Trump geforderte Bestrafung Deutschlands darzustellen.
Praktisch hat allerdings der im vergangenen Jahr vorgelegte Plan bisher noch kaum konkrete Auswirkungen gehabt, zumal einige Entscheidungen wie die Verlegung des US-Europakommandos nach Belgien von der nötigen Infrastruktur abhängig sind. Außerdem hatte der US-Kongress im Gesetz zu den Verteidigungsausgaben die Truppenreduzierung von einer Überprüfung abhängig gemacht.
Andererseits, es kommt auf das genaue Wording an: Austin sprach laut Pentagon von a continued dialogue on U.S. force posture in Germany – das schließt ja Truppenreduzierungen oder -abzug nicht aus. Aber man redet drüber.
Quelle: Augen geradeaus!

12. **Angeklagte im geplatzten G20-Verfahren: Auf den richtigen Weg gebracht**
Das Jugendstrafrecht soll Heranwachsende erziehen. Beim geplatzten Rondenbarg-Prozess passiert genau das, aber anders als vom Gericht beabsichtigt. […]
Zwar haben erst zwei Termine stattgefunden. Trotzdem wäre es lächerlich, die Anfang Zwanzigjährigen aus Stuttgart, Bonn und Halle vier Jahre nach den Gipfelprotesten erneut wöchentlich nach Hamburg zu zitieren. Für die Angeklagten ist die Belastung jetzt schon enorm. Seit Sommer 2017 leben sie mit der negativen Erwartung, sich einer juristischen Prozedur unterziehen zu müssen, die zermürbend und erniedrigend ist.
Hätten sie schwere Straftaten begangen, könnte man sagen okay, das hätten sie sich früher überlegen sollen. Aber das ist ja nicht der Fall. Ihnen wird lediglich vorgeworfen, demonstriert zu haben.
Quelle: taz

13. **Kritik am Kanzler unerwünscht: Satiresendung wegen kritischer Berichterstattung abgesetzt?**
Kommenden Freitag läuft „Gute Nacht, Österreich“ das letzte Mal im ORF. Nach einem Quoten-Tief zu Beginn hatte das Satire-Magazin sich auf einem neuen Sendeplatz gut erholt. Trotzdem hat der ORF die Sendung von Peter Klien abgesetzt und nimmt sie ab Herbst mit neuem Konzept wieder auf – vielleicht. Es ist zu befürchten, dass bei der geplanten Generalsanierung ausgerechnet die kritische Recherche gestrichen wird.
Als Hauptkritikpunkt werden Gute Nacht Österreich (GNÖ) gerne die mäßigen Quoten vorgehalten. Dabei vergisst man allerdings gerne, dass die Zuschauerzahlen der beliebten deutschen „Heute-Show“ im ersten Jahr schlechter waren und Kliens Sendung heute besser läuft als das ZDF Magazin Royal mit Jan Böhmermann. Wie die beiden deutschen Shows findet auch GNÖ sein Publikum vor allem online. Die Erklärstücke finden auf Youtube enormen Anklang. So wurde auf Youtube ein Clip von Klien, bei dem er detailliert aufschlüsselt, wie es dazu kam, dass die Bundesregierung überteuerte Corona-Masken kaufte, über 280.000 Mal aufgerufen – mehr als doppelt so viel wie Zuseher im TV.
Die Frage wird sein, ob genau das Erklärstück im Herbst fehlt – sollte die Show wiederkommen. Denn die Zukunft von GNÖ steht auf unsicheren Beinen. „Der Vertrag ist ausgelaufen, wir haben uns aber darauf geeinigt, an der Marke festzuhalten und sie gemeinsam weiterzuentwickeln“, erläutert Lisa Totzauer, ORF 1-Senderchefin, im Gespräch mit der Kleinen Zeitung. Ab Frühherbst könnte es eine reformierte Version geben, „die leichter in der Anmutung und weniger gepresst daherkommt“, sagt Totzauer.
Quelle: Kontrast.at